



Liebe Zurndorferinnen und Zurndorfer!

Kurzbericht über die wesentlichen Punkte der **Gemeinderatssitzung** vom **24. Juni 2026**:

- **Andreas Meixner/Simon Meixner – OSG: Kaufvertrag für Grundstücke im Baugebiet „Am Leithafeld“**

Der Gemeinderat stimmte dem Verkauf von rund 18.000 m² durch Andreas und Simon Meixner an die OSG zu. Geplant sind Reihenhäuser und Wohnungen, die notwendige Umwidmung ist noch anhängig. Im Zuge dieses Projekts tauscht die Marktgemeinde rund 4.900 m² Gemeindeflächen „Am Leithafeld“ gegen ähnlich große Grundstücke der OSG ebenso dort. Aufgrund der etwas größeren Tauschfläche ist eine Zuzahlung der Gemeinde in Höhe von rund 53.000 Euro erforderlich.

Abstimmung: 1 Enthaltung, sonst Zustimmung.

- **Kanalсанierung in der Deutsch-Jahrdorferstraße**

Bei der laufenden Sanierung müssen zusätzliche Regenwassereinlässe erneuert werden. Dadurch erhöhen sich die Kosten um rund 90.000 Euro auf insgesamt etwa 670.000 Euro. Laut Gemeinde erfolgt die Finanzierung durch Rücklagen, Förderungen und das laufende Budget.

Abstimmung: einstimmig

- **Straßensanierungsarbeiten Leithaspitz**

Für weitere Asphaltierungsarbeiten nach den Kanal- und Entwässerungsarbeiten wurden rund 19.000 Euro beschlossen.

Abstimmung: einstimmig

- **Rechtsangelegenheit Kamaia Handel e.U.**

Der umfangreichste Tagesordnungspunkt der Gemeinderatssitzung betraf erneut die seit über einem Jahr laufende Rechtsangelegenheit zwischen der Marktgemeinde Zurndorf und der Firma Kamaia Handel e.U. Auf Antrag des Bürgermeisters wurde dieser Punkt erstmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt. Als Begründung wurde das laufende Gerichtsverfahren angeführt.

Die IGZ wies vor der Abstimmung darauf hin, dass Gemeinderatssitzungen gemäß § 44 der Burgenländischen Gemeindeordnung grundsätzlich öffentlich sind und ein laufendes Gerichtsverfahren für sich allein keinen Ausschluss der Öffentlichkeit rechtfertigt. Aufgrund der beschlossenen Nichtöffentlichkeit dürfen wir über den Inhalt der Beratung keine Auskunft geben.

Wie kam es überhaupt zu diesem Rechtsstreit?

Der bisherige Ablauf wurde in mehreren öffentlichen Gemeinderatssitzungen behandelt:

- Im März 2025 erhielt die Firma Kamaia Handel e.U. als Bestbieter den Auftrag zum Abtransport und Entsorgung des gelagerten Bauschutts der gemeindeeigenen Bauschuttdeponie. Das Angebot lag mit rund 20.000 Euro unter jenem des Mitbewerbers. Grundlage des Angebots war lediglich eine **grobe Schätzung von rund 1.000 Tonnen** zu entsorgendem Material.
- Gleichzeitig war im Angebot **ausdrücklich festgehalten, dass die Abrechnung nach der tatsächlich festgestellten Tonnage** mittels geeichter Wiegeeinrichtung erfolgt. Die grob geschätzte Menge von 1.000 Tonnen waren somit **keine garantierte Obergrenze**, sondern lediglich eine Kalkulationsgrundlage.



- Nach Abschluss der Arbeiten stellte sich heraus, dass deutlich mehr Material entsorgt werden musste als ursprünglich geschätzt. Dadurch erhöhte sich natürlich auch der Rechnungsbetrag. Eine Einigung zwischen Gemeinde und Auftragnehmer über die Rechnungssumme konnte nicht erzielt werden. Die Angelegenheit wurde zunächst den Anwälten und schließlich dem Gericht übergeben. Die eingeklagte Forderung beträgt rund 34.000 Euro.
- In der Gemeinderatssitzung vom März 2026 wurde seitens Vzbgm. Michitsch bestätigt, dass noch keine Einigung erzielt wurde. Offen blieb damals auch, ob allfällige Prozesskosten, die möglicherweise mehr als € 30.000,00 ausmachen könnten, von der Rechtsschutzversicherung übernommen werden. Aus den bisher öffentlich bekannten Informationen ergibt sich, dass die höhere Rechnung nicht auf eine nachträgliche Preisänderung, sondern auf eine größere tatsächlich entsorgte Materialmenge zurückzuführen ist. Genau für diesen Fall enthielt das Angebot bereits eine entsprechende Abrechnungsklausel.

Kritisch sehen wir, dass der gesamte bisherige Verlauf dieser Angelegenheit über mehrere öffentliche Gemeinderatssitzungen behandelt wurde, nun jedoch ausgerechnet die weitere Vorgangsweise erstmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen wird, obwohl die finanziellen Folgen eines möglichen Prozessverlustes die Gemeinde und damit alle Steuerzahler betreffen könnten.

Gerade deshalb wäre aus unserer Sicht größtmögliche Transparenz gegenüber der Bevölkerung wünschenswert gewesen. Sobald ein rechtskräftiges Urteil vorliegt und die tatsächlichen Kosten für die Marktgemeinde feststehen, werden wir selbstverständlich darüber informieren.

ALLFÄLLIGES:

- Für die Feldgasse wurde ein Verkehrsplaner beauftragt, mögliche Parkflächen auszuarbeiten.
- Lt. Vzbgm. Michitsch ist im Kreuzungsbereich Dt. Jahrndorferstraße/B10 ein Verkehrsspiegel nicht notwendig (Empfehlung des Verkehrsplaners).
- Die drei Geschwindigkeitsanzeigetafeln sowie die gesamten Beleuchtungskörper werden derzeit serviciert und sollten in nächster Zeit wieder voll funktionsfähig sein.
- Das Pflegekompetenzzentrum (PKZ) ist voll ausgelastet.
- Beim betreubaren Wohnen übernimmt künftig die Volkshilfe die Pflegeleistungen und nicht wie ursprünglich versprochen, der Samariterbund, der neben an das PKZ betreibt.
- Der Spar-Markt wird ab 2. Juli von einem selbständigen Kaufmann (Herrn Wolf) übernommen. Lt. Bürgermeister soll möglicherweise auch ein Postpartner dort einen Standort erhalten.

• IN EIGENER SACHE:

- Projekt „24 Tage – 24 Fenster – Gemeinsam durch den Advent. Wer ein Adventfenster gestalten möchte, kann sich gerne schon jetzt bei Petra Göttl (Tel. 0699 10070177) melden. Nähere Informationen folgen.

Petra Göttl und das Team der IGZ wünschen einen schönen erholsamen Sommer!